



STÄDTEPARTNER- SCHAFTEN MIT TEL AVIV UND KYIV

Tel Aviv und Kyiv werden
die neuen Partnerstädte
Berlins.

Das war bereits im Koalitions-
vertrag vereinbart worden. Im
September wurden dann offi-
zielle Vereinbarungen im Roten
Rathaus unterzeichnet, für Kyiv
im Beisein von Bürgermeister
Klitschko. Gemeinsam mit der
CDU-Fraktion haben wir die
beiden Städtepartnerschaften



TEL AVIV



KYIV

mit einem gemeinsamen An-
trag im Abgeordnetenhaus vo-
rangebracht. „Uns als Koalition
war es wichtig, die Solidarität
mit der Ukraine auszudrücken
und eine Partnerschaft mit Kyiv
als der ukrainischen Haupt-
stadt anzustreben“, sagt unsere
stellvertretende Fraktionsvor-
sitzende Melanie Kühnemann-
Grunow. Um Solidarität und
eine gemeinsame Wertebasis
geht es auch im Fall der israe-
lischen Küstenmetropole am
Mittelmeer. „Wir stehen fest an
der Seite Israels. Unsere Solida-
rität drückt sich auch in dem
Wunsch aus, mit Tel Aviv eine
Städtepartnerschaft zu schlie-
ßen. Berlin und Tel Aviv verbind-
et viel – beides sind bunte, vi-
tale Städte mit viel Kultur und
starker Start-up-Szene.“

Raed Saleh, MdB
Fraktionsvorsitzender

WIR MÜSSEN KLIMASCHUTZ SOZIAL GESTALTEN

Die Jahrhundertaufgabe, vor der wir in Berlin, Deutschland und der Welt
stehen, ist die Klima- und Mobilitätswende. In Berlin ist es unsere große
Herausforderung, deutlich vor 2045 klimaneutral zu sein. Das sind wir
nicht nur kommenden Generationen, sondern auch unserer eigenen Generation
schuldig.

Die insgesamt bis zu zehn Milliarden Euro, die wir im Rahmen eines Sonderver-
mögens für den Klimaschutz einsetzen wollen, sind ein großer Beitrag. Der
größte Klimakiller sind unzureichend sanierte Gebäude, das wollen wir als SPD-
Fraktion angehen. Auch bei der Modernisierung unserer Berliner ÖPNV-Flotte
können wir das Geld gut und sinnvoll verwenden. Gerade in Krisenzeiten muss
der Staat seine Aufgabe neu definieren und die soziale Marktwirtschaft neu ge-
stalten. Die Zeit der permanenten Sozialisierung der Kosten, also der Abwälzung
auf Mieter*innen, Verbraucher*innen und des erhobenen Zeigefingers, muss vor-
bei sein! Wir als SPD-Fraktion wollen zeigen, dass wir Klimaschutz auch sozial
gestalten können. Andererseits gilt auch: Wer Ökologie nicht im Blick hat, hat
das Soziale nicht im Blick. Denn die folgenden Generationen werden die Kosten
nicht mehr stemmen können. Darum müssen wir jetzt entschlossen handeln.
Dafür stehen wir als SPD-Fraktion!

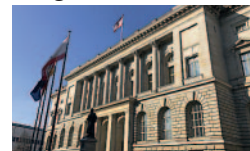
WIR STEHEN FEST AN DER SEITE ISRAELS IM KAMPF GEGEN DEN TERROR!



Die barbarischen Terroran-
schläge der islamistischen
 Hamas schockieren. Dieser
 Terror ist durch nichts zu
 rechtfertigen und ein schwe-
 rer Schlag auch für die vielen
 Menschen, die sich immer
 wieder für Frieden und Ver-
 ständigung in der Region ein-
 setzen. Israel hat das Recht,
 sich zur Wehr zu setzen.

FÜHRUNGEN DURCH DAS ABGEORDNETENHAUS

Wo werden die wichtigen politischen Entschei-
dungen für das Land Berlin getroffen? Wie wer-
den Gesetze beraten



und verabschiedet?
Und wo steht eigent-
lich Berlins vielleicht
höchster Bienen-
stock? Bei einer Führung durch das Berliner
Abgeordnetenhaus erfahrt ihr das alles und
noch viel mehr. Also: Kommt bei uns vorbei.
Wir freuen uns auf euch!

INHALT

Seite 2
VORWORT
Raed Saleh

Seite 2–4
**THEMEN AUS UNSERER
FRAKTION**
Anstehende Anträge der
SPD-Fraktion

Seite 5
**SICHERHEIT AN
ÖFFENTLICHEN ORTEN**
Unsere Forderungen

Seite 6
FRAKTION VOR ORT
Ausschnitte unserer Arbeit vor
Ort in den Wahlkreisen

Seite 7
FRAKTION IM DIALOG
Themenbezogene Veranstal-
tungen der SPD-Fraktion mit
Bürger*innen und Fachleuten
im Abgeordnetenhaus

Seite 8
WAHLALTER 16
Der Jugend eine Stimme
geben – aus Überzeugung für
das Wahlalter 16

Seite 9
DAS ABGEORDNETENHAUS
Informationen zur Geschichte
und zu Führungen im Abge-
ordnetenhaus von Berlin

Seite 10
29€-TICKET KOMMT ZURÜCK
Das Erfolgsticket ist ab 2024
wieder verfügbar!



Liebe Berliner*innen,
ein soziales, bezahlbares und innovatives Berlin: Das geht nur mit einer starken sozialdemokratischen Fraktion im Parlament! Ein Beispiel dafür ist unser konsequenter Ausbau der gebührenfreien Bildung. In den kommenden Jahren wird es auch darum gehen, Berlin gut aufzustellen für die Herausforderungen der Zukunft. Denn ökologisch-nachhaltigen Klimaschutz mit sozialem Ausgleich gibt es nur mit uns. Für ein klimaneutrales Berlin nehmen wir ein Sondervermögen von bis zu 10 Milliarden Euro in die Hand. Für eine sozial ausgeglichene Mobilitätswende werden wir in den kommenden Jahren den ÖPNV weiter massiv ausbauen. Wir investieren in den Wissenschaftsstandort Berlin und in die Modernisierung unserer Verwaltung. Für ein Berlin, an dem jede*r teilhaben kann!

Euer Raed Saleh
Fraktionsvorsitzender

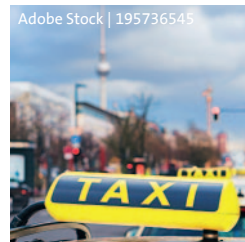
THEMEN AUS UNSERER FRAKTION:

Die wichtigsten Aufgaben des Parlaments sind die Gesetzgebung, das Haushaltsrecht und die Kontrolle der Arbeit des Senats. Als SPD-Fraktion setzen wir eigene inhaltliche Schwerpunkte. Einige dieser Themen, mit denen wir uns derzeit befassen, möchten wir hier vorstellen.

Verkehr/Wirtschaft

Taxiwesen in Berlin sichern

Das Taxiwesen gehört genauso wie Bus und Bahn zum öffentlichen Personennahverkehr. Mit seinen gesetzlich festgelegten Tarifen und der Pflicht zur Beförderung in allen Stadtgebieten und zu allen Tageszeiten deckt der Taxiverkehr einen wichtigen Teil in der Personenbeförderung ab. Damit Taxis diese



gesetzliche Aufgabe weiterhin erfüllen können, muss geltendes Recht konsequent umgesetzt werden und das Taxigewerbe für die Zukunft fit gemacht werden. Mit folgenden Maßnahmen wollen wir dies sicherstellen:

- Eine verbesserte Prüfung von Unternehmen vor der Konzessionsvergabe
- Mehr gezielte Kontrollen bei der gewerblichen Personenbeförderung zur Aufdeckung von Schwarzarbeit
- Förderung bei der Umstellung der Taxiflotte auf elektrische Antriebe
- Die Schaffung guter Arbeitsbedingungen durch Kontrollen der Einhaltung von Mindestlohn und Arbeitszeiten
- Zusammenarbeit der BVG mit dem Taxiwesen bei der Erschließung von bislang schlecht mit dem ÖPNV erschlossenen Gebieten durch Ruftaxis

Arbeit/Wirtschaft

Aktionsbündnis „Fairer Handel“ stärken

Wir wollen das Aktionsbündnis „Fairer Handel“ stärken und die entwicklungspolitischen Leitlinien so überarbeiten, dass sie an den 17 Nachhaltigkeitszielen analog zur Agenda für globale nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden. Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, die Beschaffungen im Land Berlin strategisch und bedarfsgerecht klimaneutral zu gestalten. Dafür soll das



Land Berlin einen Aktionsplan „Fairer Handel“ zeitnah entwickeln und verbindlich anwenden. Das Land Berlin hat mit seiner Marktmacht bei der Beschaffung einen wesentlichen Einfluss auf die Bedingungen der Erzeugung, auch in anderen Herkunftsländern. Daher zielt der Antrag

darauf ab, dass sich das Land Berlin unterhalb der Bundesgesetzgebung selbst verpflichtet, Produkte, Güter und Dienstleistungen von Anbietern so zu erwerben, dass die Arbeitnehmerrechte gewahrt sind und die Produktion zu guten gesundheitlichen Bedingungen für die Belegschaft stattfindet.
[Drucksache 19/1174]

Verkehr/Umwelt

Ausreichende Ladesäulen in ganz Berlin, in Innenstadt und Außenbezirken

Wir sind für den beschleunigten Ausbau der Elektro-Ladesäulen-Infrastruktur, insbesondere auch in den Berliner Außenbezirken. Den aktuellen Umsetzungszeitraum der bereits beauftragten zusätzlichen 2.000 „Ladepunkte“ bis 2030 wollen wir spürbar verkürzen und die Anzahl der „Ladepunkte“ deutlich erhöhen.



Mieter*innen sollen zusätzliche Möglichkeiten für die Errichtung von Ladeeinrichtungen in Bestandsgebäuden erhalten, insbesondere wenn keine Garage vorhanden ist. Um die Anzahl der Ladestationen für emissionsfreien

Verkehr im gesamten Stadtgebiet zu erhöhen, fordern wir ein Förderprogramm für die Errichtung von Elektro-Ladesäulen und von Batteriewechselsystemen. Vorhandene Ladeinfrastrukturen auf landeseigenen Flächen oder von landeseigenen Betriebshöfen müssen allgemein zur Verfügung stehen. Auch auf Parkplätzen von Supermärkten, die in der Nacht leer stehen, brauchen wir wohnortnah nutzbare Ladeinfrastrukturen. Tankstellen sollen umfangreich mit Unterstützung durch das Land Berlin umgerüstet werden, insbesondere bei der Errichtung von Schnellladesäulen. Das Land Berlin geht bei der Umstellung von Verbrennungsmotor auf E-Autos mit gutem Beispiel voran, stellt die Fahrzeugflotte des Landes Berlins und der landeseigenen Unternehmen um und baut die Ladestationen-Infrastruktur an allen Dienststellen zugänglich aus. Ziel ist es, bis spätestens 2030 nur noch elektrische Fahrzeuge zu beschaffen. Auch der ÖPNV muss vollständig umgerüstet werden. Mehr E-Mobilität bedeutet weniger Luftverschmutzung und gesündere Lebensbedingungen in der Stadt. Maßgabe hierfür ist natürlich, Strom aus erneuerbaren Energien für den Betrieb der Elektromobilität einzusetzen.



Wirtschaft [Drucksache 19/1137]

Verlegung der Hubschrauberstaffel von Tegel zum BER sofort einleiten

Wir möchten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit eine vollständige Verlegung der Hubschrauberstaffel des Bundes von Tegel zum BER so schnell wie möglich erfolgt. Auf dem 500 ha großen Areal des ehemaligen Flughafens Tegel entsteht das neue Quartier „Urban Tech Republic“ als Forschungs- und Industriepark. Es entstehen der TXL-Campus der Berliner Hochschule für Technik (BHT) für bis zu 5.000 Student*innen und im Schumacher-Quartier mehr als 9000 Wohnungen und mehrere grüne Landschaftsräume und Parkanlagen. Aus unserer Sicht ist es daher unverständlich, dass die Bundeswehr weiterhin mit Hubschraubern vom militärischen Teil in Tegel startet und landet und damit auf dem Gelände einen Hochsicherheitsbereich weiterbetreibt, der der zukünftigen Nutzung widerspricht und zusätzliche Lärmbelastungen für die Anwohner*innen erzeugt.

Umwelt

Rohstoffe einsparen – Reparatur-Bonus einführen

Wir möchten schnellstmöglich ein Pilotprojekt auflegen, in dem ein Reparaturanreiz für die Bürger*innen über einen finanziellen Zuschuss geschaffen



wird. Hierzu soll der Senat in Zusammenarbeit mit städtischen Institutionen wie zum Beispiel der Verbraucherschutzzentrale und anderen Akteuren ein Konzept entwickeln. Die Vermeidung von Müll und die Schonung von

Ressourcen hängt stark von der Lebensdauer von Haushalts- und Elektrogegenständen ab. In einer Stadt mit zwei Millionen Haushalten ist hier ein großes Potenzial für Einsparungen von Ressourcen vorhanden. „Reparieren anstatt wegwerfen“ ist hier ein Weg, der zukünftig noch weiter ausgebaut werden soll. Mit einem Pilotprojekt soll geprüft werden, wie über Anreizsysteme und neue Strukturen die Lebensdauer von Produkten verlängert werden kann.

Verkehr

Wirtschaftsverkehr wird endlich Teil des Mobilitätsgesetzes

Mit der Einbringung des Kapitels „Wirtschaftsverkehr“ ins Parlament im Juni dieses Jahres ist der Koalition nach nur zwei Monaten Regierungszeit ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung des Mobilitätsgesetzes gelungen. Ohne die Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs kann die Verkehrswende nicht gelingen. Das neue Kapitel wird zukünftig Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich des Wirtschaftsverkehrs regeln, einen innovativen Rahmen für die Abwicklung von Lieferverkehren geben und diese stadtverträglich unter Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmenden gestalten. Sowohl im Bereich Ladezonen als auch bei

der Frage von Verkehrsführungen und dem Ausbau der Infrastrukturen ist es für die Stadt von zentraler Bedeutung, den Wirtschaftsverkehr zu berücksichtigen: sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch für die Verkehrssicherheit in der Stadt.

Umwelt/Wirtschaft

Gemeinsame Wasserstoffstrategie Berlin-Brandenburg: Beschleunigter Ausbau der Wasserstoffwirtschaft

Gemeinsam mit dem Land Brandenburg soll die entwickelte Wasserstoff-Roadmap beschleunigt umgesetzt und zu einer gemeinsamen Wasserstoff-Strategie weiterentwickelt werden. Ziel ist der weitere Aufbau und die Vernetzung der Wasserstoffwirtschaft in der Region Berlin-Brandenburg. Die Erzeugung von Wasserstoff aus überschüssigem erneuerbarem Strom kann relevante Mengen Energie für künftige Nutzungen speichern und hilft so erneuerbaren Strom auch noch zu einem späteren Zeitpunkt zu nutzen und mobil an anderen Orten einzusetzen. Ziel ist es, dass das Land Berlin in den kommenden Jahren durch die verstärkte Marktrelevanz für Wasserstofftechnologien einen substanziellen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leistet und schneller als bisher gesetzlich vorgesehen eine CO₂-neutrale Energieversorgung herstellt und langfristig absichert.



Kultur/Wirtschaft

Kreativwirtschaftsberichterstattung fortschreiben – Bilanz ziehen, Schwerpunkte setzen und Zukunft gestalten

Der Senat soll zukünftig, im Abstand von zwei Jahren, einen Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht erstellen und veröffentlichen. Der Bericht soll sich insbesondere mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaft auseinandersetzen und die Wechselwirkungen mit anderen Branchen/Märkten darstellen. Der Bericht ist erstmals 2024 vorzulegen und soll danach alle zwei Jahre veröffentlicht werden. Die Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Berlin ist als „creative city“ ein international viel beachteter Standort mit einer ungewöhnlich hohen Dichte an Kreativen, Kulturschaffenden und Talenten. Dennoch ist die internationale Entwicklung rasant, die Transformation der Wirtschaft stellt nicht nur Chancen dar, sondern muss auch als Herausforderung angenommen werden. Daher soll dem Abgeordnetenhaus ein Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht vorgelegt werden, der Bilanz zieht, wechselnde Schwerpunkte setzt und als Monitoring-Instrument der Berliner Fördertätigkeit zurate gezogen werden kann.



WIE WIRD EIN GESETZ GEMACHT?

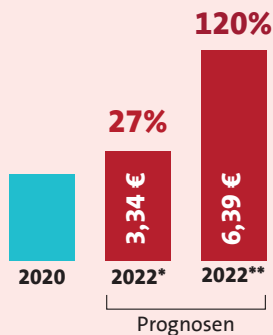
Vorschläge oder Ideen für ein neues Gesetz werden von der Landesregierung (Senat) oder von den Abgeordneten (Parlament) gemacht. Die Bürger*innen haben ebenfalls die Möglichkeit, diese einzubringen, z.B. durch ein Volksbegehren. Nach der grundsätzlichen Idee muss ein Gesetzentwurf angefertigt werden. Dieser Entwurf wird anschließend bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingereicht. Der Ältestenrat nimmt diesen Gesetzentwurf bei seiner Vorbereitung für die nächste Plenarsitzung in die Tagesordnung auf. Die Abgeordneten bekommen den Gesetzentwurf zur inhaltlichen Vorbereitung. In der ersten Lesung, also in der ersten inhaltlichen Auseinandersetzung im Parlament, sprechen die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen über den Entwurf. Anschließend wird dieser an den zuständigen Fachausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Nachdem der Fachausschuss mit seinen Beratungen und mit ggf. Änderungsvorschlägen fertig ist, gibt er diesen überarbeiteten Entwurf als Beschlussempfehlung zurück an das Plenum. Nun erfolgt die zweite Lesung. Hier wird detailliert über den Entwurf debattiert. Danach erfolgt die Schlussabstimmung. Das Gesetz ist angenommen, wenn es eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Das Gesetz wird dann von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses unverzüglich ausgefertigt. Damit ist die Erstellung der Gesetzesurkunde zu verstehen. Somit wird bestätigt, dass der Gesetzestext mit dem vom Gesetzgeber beschlossenen Inhalt übereinstimmt und das Gesetzgebungsverfahren nach den Vorschriften der Verfassung von Berlin ordnungsgemäß verlaufen ist.

THEMEN AUS UNSERER FRAKTION:

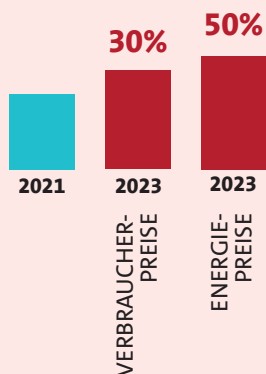
STEIGENDE NEBENKOSTEN

Für unsere Mieter*innenstadt Berlin werden im Sektor Miete für das Jahr 2022 Betriebskosten je Quadratmeter in Höhe von 3,34 Euro prognostiziert, eine Steigerung gegenüber 2020 um rund 27 Prozent; andere Schätzungen gehen von Betriebskosten von bis zu 6,39 Euro je Quadratmeter aus, eine Steigerung um ca. 120 Prozent.

ANSTIEG DER BETRIEBSKOSTEN BEI MIETWOHNUNGEN



ANSTIEG DER VERBRAUCHERPREISE



Quelle:

* BBU-Betriebskostenstudie, 26. Ausgabe,

** Mineko GmbH; Datenbasis für 2019/2020: rund 55.000 geprüfte Nebenkostenabrechnungen, für 2022 rund 8.500 angekündigte Anhebungen von Vorauszahlungen der Mietnebenkosten

Verbraucherschutz

Schluss mit der permanenten Sozialisierung der Kosten!

Unser Antrag für einen konsequenten Verbraucher*innenschutz in schwierigen Zeiten

Deutlich mehr Entlastungen für die Verbraucher*innen – das ist das Kernanliegen unseres Antrags, den wir Mitte September auf unserer Fraktionssitzung im Abgeordnetenhaus beschlossen haben. Wir sind der Meinung, dass Land und Bund in der gegenwärtigen Situation mehr dafür tun müssen, die Verbraucher*innen vor steigenden Kosten zu schützen. Wir fordern vom Senat, bei Gebühren, Kosten und Mieten in der Verwaltung und in Betrieben mit Landesbeteiligung auf Erhöhungen zu verzichten oder sie wenigstens moderat zu gestalten. Und siehe da, einen Erfolg konnten wir mit unserem Antrag in Berlin bereits erzielen: Die Landesregierung hat zugesichert, dass die Wasserpreise in Berlin stabil bleiben und nicht, wie



zuvor von der Spitze der landeseigenen Wasserbetriebe ins Spiel gebracht, um 14 Prozent erhöht werden. Damit werden die Berliner*innen konkret in ihrem Alltag entlastet.

Außerdem fordern wir, dass sich der Senat auch im Bund dafür starkmacht, die Belastungen der Verbraucher*innen zu begrenzen und zum Beispiel die Kosten für mehr Klimaschutz nicht zu sozialisieren, sondern auch Konzerngewinne dafür heranzuziehen – etwa durch eine echte Übergewinnsteuer. Denn derzeit ist es doch so: Die gesamte Kostenbelastung wird unmittelbar über Preise und Mieten oder mittelbar über erhebliche, aber absehbar auflaufende oder abschwingende staatliche Transfers und sonstige Stützungsmaßnahmen sozialisiert, also auf die Bürger*innen abgewälzt.

Währenddessen explodieren zugleich zumindest in Teilsegmenten Konzern- und Unternehmensgewinne. Diese Entwicklung ist zutiefst ungerecht und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Akzeptanz. Durch die Coronapandemie und vor allem auch durch Russlands völkerrechtswid-

rigen Angriffskrieg auf die Ukraine müssen Verbraucher*innen weltweit an vielen Stellen mehr für ihr Leben bezahlen. Mieten und Betriebskosten sind zum Beispiel deutlich gestiegen, genau wie die Preise für Nahrungsmittel, Energie und auch Sprit. Gerade auch die Menschen in unserer Stadt sind in besonderer Weise von der Inflation und den Preissprüngen betroffen, da der Anteil der Empfänger*innen von Sozialleistungen in Berlin über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die zur Bekämpfung der Inflation forcierte Zinspolitik flacht die Preisentwicklung zwar ab, verteuert im Übrigen aber alle, auch staatliche, Kreditlinien. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen sind wegen der Art ihrer Finanzierung zudem zeitlich begrenzt. Zugleich sind die Verbraucher*innenpreise für Nahrungsmittel um ca. 30 Prozent und jene für Energie um ca. 50 Prozent gestiegen. Insbesondere in den Sektoren Handel, Bau, Landwirtschaft und Energie sowie Gastgewerbe und Verkehr gehen wissenschaft-



liche Untersuchungen davon aus, dass die Inflation und Preisentwicklung zum überwiegenden Teil nicht durch die zugrundeliegende Kostenentwicklung, etwa bei Beschaffung und Löhnen, veranlasst sind, sondern nicht gerechtfertigte Profitmitnahmen darstellen.

Nicht zuletzt beim verstärkten Klimaschutz ist aktuell mit erheblichen Kosten zu rechnen, etwa bei der Gebäudesanierung. Die unabwiesbare Generationenaufgabe des verstärkten und beschleunigten Klimaschutzes zum Schutz allen Lebens auf unserem Planeten und zur Vermeidung erheblich höherer Folgekosten verursacht allein in Deutschland je nach Schätzung Kosten zwischen 4,5 und 6,5 Billionen Euro. Die KfW schätzt die dafür erforderlichen zusätzlichen Kosten für die Gebäudesanierung/den Gebäudeumbau in Deutschland auf 254 Milliarden Euro, was in Berlin eine zusätzliche Kostenlast im zweistelligen Milliardenbereich bedeutet. Das daraus abgeleitete erste politische Teilsegment, das sog. Gebäudeenergiegesetz des Bundes, verursacht einen jährlichen Nettoerfüllungsaufwand für die Bürger*innen in Höhe von ca. 8,5 Milliarden Euro. Kurzum: Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, brauchen wir jetzt deutlich mehr Entlastungen der Bürger*innen und eine Politik, die die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt!

Unsere Forderungen

Sicherheit an öffentlichen Orten

Hier findest Du die gesamte Resolution der SPD-Fraktion ▶



Die Beispiele des **Görlitzer Parks** und des **Leopoldplatzes** zeigen, dass im Zusammenhang mit **Drogenhandel** und -konsum eine besondere Gefährdung der **Sicherheit** an öffentlichen Orten Berlins entstanden ist. **Prävention, Intervention** und **Repression** ist der Dreiklang erfolgreicher Sicherheitspolitik, nicht der Einsatz repressiver Mittel allein.

DAS IST ZU TUN:

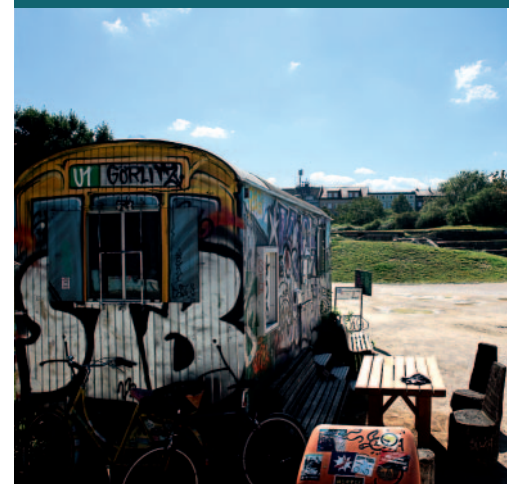
- Probleme ehrlich benennen
- Mobile Sozialarbeit ist auszuweiten und zu verstetigen
- Selbstverständlich ist auch weiterhin eine intensive Bestreifung des Parks durch die Berliner Polizei erforderlich

- Drogenkonsumräume sind zahlenmäßig mit längeren Öffnungszeiten auszuweiten
- Konsequenz ist auch, eine Abschiebung häufig überführter und verurteilter Drogenhändler anzustreben
- Damit sich sichtbar etwas ändert, ist auch eine zeitweise nächtliche Parkschließung vorgesehen

DAS IST ZU BEACHTEN:

- Der Bezirk ist auch in der Verantwortung und kann aus eigener Kraft zu den Maßnahmen beitragen
- Nicht nur das Drogenangebot schafft eine Drogenproblematik nebst Begleitskriminalität, sondern auch die Drogennachfrage
- Videoüberwachung wird nur eine Nebenrolle spielen können, da sie erfahrungsgemäß nicht flächendeckend realistisch ist

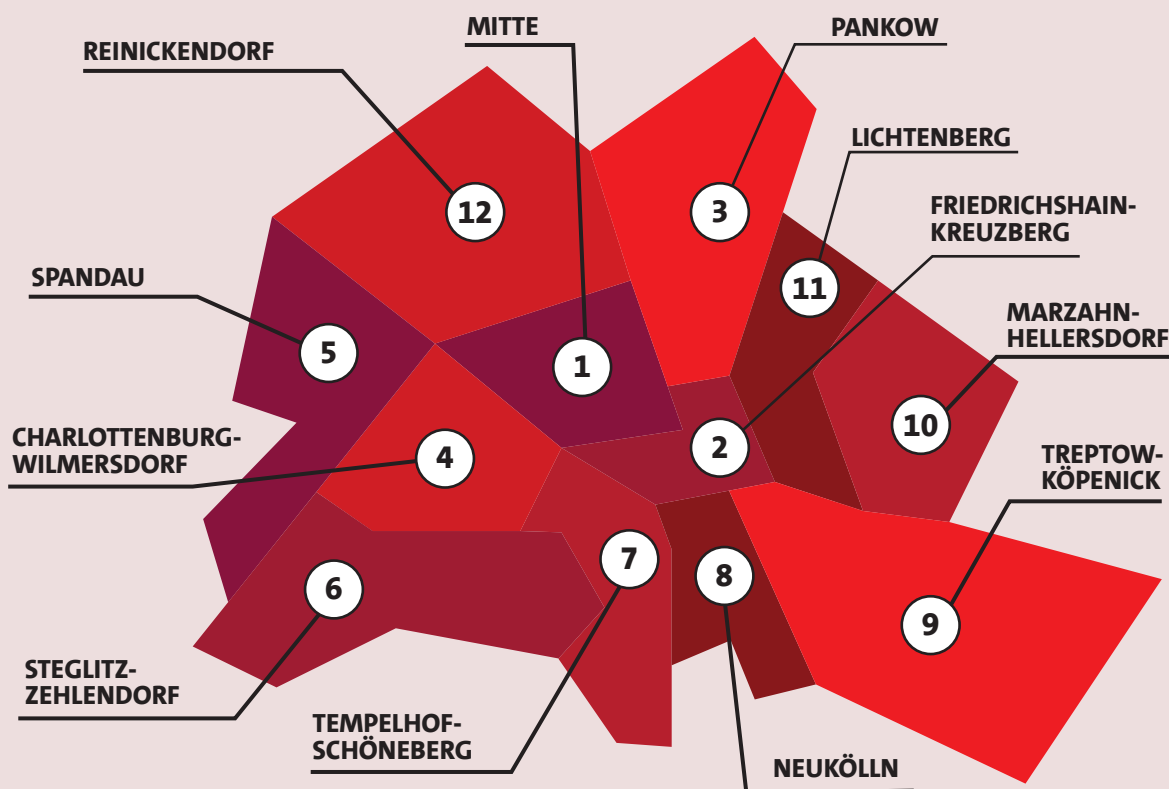
Eine sozialdemokratische **Sicherheitspolitik** setzt sowohl auf mehr **Sozialarbeit** und **Angebote** für Drogenkonsumenten und -verkäufer als auch auf mehr **Polizei** und Druck auf die Szene.





FRAKTION VOR ORT

Im Mittelpunkt unserer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ steht der Dialog mit den Bürger*innen in den Berliner Kiezen. „Fraktion vor Ort“ bietet Raum für Ideen, Meinungen, Anregungen und den gemeinsamen Austausch. Auf dem Programm stehen z.B. Besuche in Kitas, Schulen, sozialen Einrichtungen und Unternehmen sowie Diskussionsveranstaltungen, Kiezspaziergänge und Infostände.



Einige Eindrücke von unseren letzten Veranstaltungen mit unseren Abgeordneten ▶

Tino Schopf

3



Linda Vierecke

3



Sevim Aydin

2



Iris Spranger

10



Matthias Kollatz

6



Sven Meyer

12



Lars Düsterhöft

9



Bettina König

12



Jörg Stroedter

12



Lars Rauchfuß

7



Mirjam Golm

6



FRAKTION IM DIALOG

Bei unserem Format „Fraktion im Dialog“ setzen wir auf den gemeinsamen Dialog zwischen der Politik, den Bürger*innen und Expert*innen. Wir laden daher regelmäßig zum Austausch über aktuelle Themen ein. Sagt uns, was Euch wichtig ist! Wir wollen Euer Sprachrohr im Abgeordnetenhaus sein. Deshalb setzen wir auf den Dialog mit Euch!

Queerpolitisches Frühstück



Im Juni 2023 fand das erste queerpolitische Frühstück gemeinsam mit der CDU-Fraktion Berlin bei uns im Abgeordnetenhaus statt. Unsere queerpolitische Sprecherin Wiebke Neumann hat über Themen wie Sicherheit und Gewaltprävention, die Schaffung einer Ansprechperson für queere Themen und die Weiterentwicklung von Projekten der Community wie das Regenbogenhaus gesprochen.

Senior*innenpolitischer Dialog



Volles Haus bei uns im Ernst-Heilmann-Saal im Berliner Abgeordnetenhaus: Rund 80 seniorenpolitisch Aktive aus allen Stadtbezirken waren bei unserem senior*innenpolitischen Dialog dabei. Gemeinsam mit unseren beiden Abgeordneten Sebahat Atli und Ülker Radziwill wurde über wichtige Themen und Herausforderungen der Senior*innenarbeit in Berlin diskutiert. Dabei stand die Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes im Fokus. Wir sind der Auffassung, dass ältere Menschen eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft spielen und ihre Stimme gehört werden sollte!

Tamara Lüdke

11



Franziska
Becker

4



Melanie Kühn-
mann-Grunow

7



Dunja Wolff

9



Alexander
Freier-Winterwerb

9



WAHLALTER 16

Der Jugend eine
Stimme geben –

aus Überzeugung
für das Wahlalter 16



**WÄHLEN AB 16 –
EIN EUROPÄISCHER
TREND**

Mit der **Absenkung des Wahlalters** folgen wir in Berlin guten Beispielen. In Deutschland können Jugendliche ab 16 Jahren bei der nächsten **Europawahl 2024** abstimmen. Auch in **Malta, Österreich und Griechenland** wurde das Wahlalter auf nationaler Ebene bereits abgesenkt. In der Bundesrepublik haben Jugendliche ab 16 Jahren neben der kommunalen Ebene in mehreren Bundesländern auch auf Landesebene die Chance, über die politische Zukunft mitzubestimmen. In **Brandenburg, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein** können Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Für Berlin ist es also höchste Zeit!

Als **SPD-Fraktion** setzen wir uns schon seit Langem für die Absenkung des Wahlalters auf **16 Jahre** bei den Abgeordnetenhauswahlen als Schritt für mehr Teilhabe junger Menschen in unserer Stadt ein.

Bislang ist das Wählen ab 16 Jahren in Berlin nur bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung möglich. Wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif! Die junge Generation ist heute politischer denn je, die Jugendlichen fordern selbstverständlich ein Recht auf politische Partizipation an der Wahlurne ein.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns zusammen mit der CDU auf die Absenkung des Wahlalters verständigt. Allerdings erfordert das Vorhaben im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur

Änderung der Landesverfassung. Da sich die Fraktionen von Linken und Grünen in der Vergangenheit stets für eine Absenkung des Wahlalters ausgesprochen haben, ist eine politische Mehrheit im Parlament für die Verfassungsänderung in Sicht. Wir wollen die Wahlrechtsreform schnellstmöglich umsetzen! Damit werden rund 90.000 junge Berliner*innen zwischen 16 und 18 Jahren ein Recht auf politische Teilhabe bekommen. Wenn 2026 regulär das nächste Mal das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wird, dürfen die jungen Menschen ihre

Zukunft mitbestimmen — für uns als SPD-Fraktion ein riesiger Erfolg für unsere Demokratie! Unser Fraktionsvorsitzender Raed Saleh hat sich mit Nachdruck für das Wahlalter 16 eingesetzt:

„Es ist für Berlin allerhöchste Zeit. Wir können noch in diesem Jahr ein Gesetz verabschieden, das dann bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl 2026 zum Zug kommen wird. Ich glaube persönlich, dass viele Berliner*innen in jungem Alter das nutzen werden.“



Immanuel aus Neukölln und **Elisa** aus Lichtenberg setzen sich für das Wahlalter 16 ein.

EIN BESUCH IM ABGEORDNETENHAUS

Komm uns im Abgeordnetenhaus besuchen! Wir freuen uns auf Deinen Besuch!

Mittwochs um 11:00 Uhr und freitags um 16:30 Uhr bietet das Haus für Besucher*innen offene Führungen an. Darüber hinaus kannst Du Führungen durch das Gebäude entweder über den Besucherdienst des Abgeordnetenhauses oder mit Deinem SPD-Abgeordneten aus Deinem Wahlkreis vereinbaren.

GESCHICHTE DES HAUSES

Das Abgeordnetenhaus ist das Landesparlament von Berlin. Das Gebäude des Preussischen Landtags, heute Sitz des Abgeordnetenhauses von Berlin, war Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Demokratie und Diktatur. Es wurde am 16. Januar 1899 als Tagungsort der Zweiten, der bürgerlichen Kammer des Preussischen Landtags eingeweiht und entworfen. Gebaut ist es im Stil der italienischen Hochrenaissance in Zuständigkeit des Geheimen Baurats Friedrich Schulze. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918 tagte der 1. Reichsrätekongress im Abgeordnetenhaus und stellte die Weichen für die parlamentarische Demokratie als zukünftige Regierungsform für Deutschland. Das Ende der Monarchie

wurde somit eingeleitet. Als unmittelbare Reaktion darauf gründete sich im Festsaal des Landtags die KPD. In der Weimarer Republik war das Abgeordnetenhaus ein wichtiger Ort der politischen Auseinandersetzung. Während der NS-Zeit wurde das Haus als Offizierskasino genutzt, nachdem es zum „Haus der Flieger“ umgebaut wurde. Das Gebäude wurde während des Zweiten Weltkriegs schwer beschädigt und in den letzten Kriegstagen fast vollständig zerstört. Nach dem Krieg wurde das Gebäude auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration wieder instand gesetzt und diente als Sitz der ersten DDR-Regierung. Das Haus wurde später Sitz der Staatlichen Plankommission und zum Abhörstand der Staatssicherheit. Nach dem Fall der Mauer und der

Wiedervereinigung beschloss das Abgeordnetenhaus einstimmig, seinen Sitz als nunmehr vereinigtes Berliner Landesparlament in den ehemaligen Preussischen Landtag zu verlegen. Nach aufwendigen Rekonstruktions- und Umbaumaßnahmen fand im Jahr 1993 die erste Sitzung des Berliner Parlaments im Abgeordnetenhaus statt.



DAS 29€-TICKET KOMMT ZURÜCK!

**Ab 2024
wieder
verfügbar**
Tarifbereich AB

**29€
TICKET**

Good News für Berlin: Das 29€-Ticket für alle kommt **2024 als Abo** zurück. Das 9€-Sozialticket bleibt. Beide Tickets sind eine schnelle und unbürokratische Entlastung der Bürger*innen und ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende. Im Vergleich zum Deutschland-Ticket entlastet das 29€-Ticket die Berliner*innen damit um 240 Euro im Jahr – und im Vergleich zu früheren Tickets sind das sogar bis zu 684 Euro jährlich! Wir finden: Eine tolle Nachricht gleichermaßen für den Geldbeutel und für die Umwelt.

Unser Fraktionsvorsitzender **Raed Saleh** begrüßt die Wiedereinführung des 29€-Tickets in Berlin:

„Ich finde es gut, dass der VBB mit uns zusammen ein Gesamtpaket macht. Wir brauchen in der Perspektive auch noch mehr Busse und mehr Bahnen. Wir brauchen eine noch deutlich bessere Vernetzung zwischen Berlin und Brandenburg. Deshalb glaube ich, es ist nur ein erster Schritt, den wir gerade gehen.“

In der Perspektive, davon bin ich felsenfest überzeugt, werden wir mit

Brandenburg und dem VBB auch über eine Variante ABC diskutieren. Am Ende sind es zwei Bundesländer, aber wir leben in einem gemeinsamen Raum. Wir sind aufeinander angewiesen, Berlin auf Brandenburg und Brandenburg auf Berlin. Ich bin sicher, dass viele Menschen am Ende ihr Auto stehen lassen oder zumindest sagen: ‚Ich brauche mein Auto in diesem Ausmaß nicht‘, wenn man den richtigen Anreiz schafft. Insofern bin ich überzeugt, dass das 29€-Ticket, das wir jetzt haben, nur ein erster Schritt ist und wir jetzt in einer anderen Atmo-

*sphäre reden müssen über eine Gesamtstrategie zum Thema Mobilität in Berlin und Brandenburg. Wir sind zum gemeinsamen Erfolg verdammt. Manche sagen, die SPD wolle mit dem 29€-Ticket nur ihr Wahlversprechen umsetzen. Ich formuliere es mal anders: Die Berliner*innen wollen, dass das Versprechen umgesetzt wird. Sie haben auch ein Anrecht auf günstigen ÖPNV. Und die Leute in Berlin nutzen das auch.“*

SCHON GESEHEN? UNSERE POSTKARTEN-AKTION ZUM 29€-TICKET

**Dein Ticket
zum
Berghain**

**Dein Weg
zum nächsten
Online-Date**

**Bock uff ne
Spritztour?**

**Deine Karte
für den
Untergrund**



SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: (030) 23 25 22 22

E-Mail: Fraktionsbuero@spd.parlament-berlin.de
www.spdfraktion-berlin.de

V.i.S.d.P. Torsten Schneider, Parl. Geschäftsführer

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



Lass uns in Kontakt bleiben



www.spdfraktion-berlin.de